

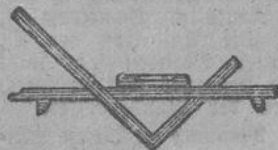
Rottenführer-Zeitung

Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner.

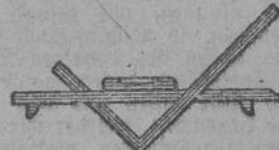
Offizielles und fachwissenschaftl. Organ
des Verbandes Deutscher Eisenbahn-



für die Vertretung der Standesinteressen
Rotten- und Hilfsrottenführer G. B.



Die Zeitung erscheint am 1. u. 15. eines jeden Monats und kostet beim Verlage bestellt 1.— Mark, bei der Post bestellt 1.50 Mark pro Vierteljahr, im voraus zahlbar. — Inserate pro 4gespaltene Petitzeile 25 Pfg. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten und der Verlag an. Abonnenten, welche nicht 10 Tage vor Schluss des Vierteljahres ausdrücklich abbestellen, erhalten das Blatt für ihre Rechnung weiter geliefert.



Jedes Mitglied, welches der oben genannten Beamtenklasse als Beamter oder Hilfsbeamter angehört, ist unter den bekannt gegebenen Bedingungen mit 200 (zweihundert) Mark gegen tödlichen Unfall in oder ausser Dienst versichert.

Nr. 2

Dahlhausen-R., 15. Januar 1919

8. Jahrgang

Inhalt: Dank sagungen. — Zum neuen Jahr. — Zur Scheidung der Geister. — Lohn-Vollschewismus. — Die Katastrophe des Kapitalismus. — Bodenreform und Beamtenpolitik. — Verjährung im Jahre 1918. — Eingeladent. — Vereinsnachrichten. — Bekanntmachung. — Versammlungskalender. — Inserate.

Dank sagungen.

Für die mir vom Verbands deutscher Eisenbahn-Rotten- und -Hilfsrottenführer aus Anlaß des Hinscheidens meiner innigstgeliebten Gattin übermittelten Sterbegelder in Höhe von 150 Mark sage ich meinen herzlichsten Dank.

Ernst Engler, Rottenführer.

Für das mir vom Verbands deutscher Eisenbahn-Rotten- und -Hilfsrottenführer überwiesene Sterbegeld in Höhe von 300 Mark infolge Todesfalles meines geliebten Mannes, des Rottenführers Reinhold Schiche in Josefine bei Brunow, Kr. Bielefeld, sage ich meinen herzlichsten Dank.

Bwe. Elisabeth Schiche, geb. Neumann.

Für das mir vom Verbands deutscher Rotten- und Hilfsrottenführer beim Tode meiner lieben Frau gezahlte Sterbegeld in Höhe von 150 Mark spreche ich hiermit meinen besten Dank aus. Möchten doch alle Kollegen diesem Verbands beitreten.

August Emmerich, Rottenführer, Daun (Eifel).

Für das mir vom Verbands deutscher Eisenbahn-Rotten- und -Hilfsrottenführer anlässlich des Todes meines lieben Mannes, des Eisenbahn-Rottenführers August Rubenz, übermittelte Sterbegeld in Höhe von 500 Mark, sage ich meinen herzlichsten Dank.

Bertha Rubenz.

Zum neuen Jahr.

Zum neuen Jahr den alten Glauben — den Glauben an eine bessere, glücklichere Zukunft unseres Volkes — in diesem Sinne beantworten wir alle Wünsche, die uns von den verschiedensten Seiten zum Jahreswechsel zugegangen sind. Diesen Arbeiten liegen vor uns. Die Anspannung aller Kräfte wird notwendig sein, damit wir unsere gesteckten Ziele erreichen. Es wird gewiß treu und fleißig von unseren Kollegen im Lande gekämpft, gewirkt, aber noch lange nicht genug. Noch viel zu viel Kleinmut, Energielosigkeit, Verzweiflung ist in unseren Reihen. Unsere Sache ist es wert, daß sie mit eiserner Entschlossenheit, ja, wenn es sein muß, auch mit der notwendigen Frechheit gegenüber rücksichtslosen Gegnern ver-

treten werden muß. Der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteten gehört die Zukunft, wenn wir den Willen haben, uns durchzusetzen. Dieser eiserne unentwegte Wille befeelt die Zeitung, er muß auch unsere Funktionäre bis zum letzten Mitgliede durchdringen. Wir verkennen die Schwierigkeiten durchaus nicht, die sich unserer Arbeit entgegenstellen. Die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner bedarf einer vollständig neuen Organisationsform. Alle Gegensätze müssen überbrückt, Reibungsflächen beseitigt, unbedingte Solidarität zwischen Beamten und Arbeitern, die einer sozialen Schichtung angehören, hergestellt werden. Die Organisationsform, die bei den süddeutschen Eisenbahnern schon jahrelang bestanden, hat, wird sich auch bei uns als richtig erweisen, das Prinzip der zentralgewerkschaftlichen Organisation, Beamte und Arbeiter zusammengefaßt, darin die Gliederung in Fachgruppen bzw. Fachverbänden. Unsere gesellschaftliche Aufgabe ist es, überhaupt in die Organisationsverhältnisse der Staatsangestellten gesellschaftlich Klarheit hineinzubringen. In diesem Durchdringen dieser Vereinseinkreis, Verschommenheit und Hassheiten muß mit dem eisernen Willen ausgekehrt werden. Wir betrachten die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner nicht nur als eine wirtschaftliche Organisation, sondern als eine Gesinnungsgemeinschaft, die im öffentlichen Leben und auch gegenüber den Parteien ein bestimmtes Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsideal vertritt. Letzteres ist klar und deutlich herausgearbeitet im Programm des deutsch-demokratischen Gewerkschaftsbundes, der über 1 1/2 Millionen organisierte Arbeitnehmer aller Gruppen umfaßt und dem wir angeschlossen sind. Wir brachten das Programm schon in der vorigen Nummer zum Ausdruck. Wenn in Beamtenkreisen davon geredet wird, wir seien damit politisch geworden, so stimmt das. Selbstredend vertreten wir bestimmte staatspolitische Ansichten; wir sind damit aber nicht parteipolitisch geworden. Die Mitglieder des deutschdemokratischen Gewerkschaftsbundes haben die Freiheit, sich beliebig in den nicht sozialdemokratischen Parteien zu betätigen. Führer des deutsch-demokratischen Gewerkschaftsbundes sind denn auch bei allen nicht sozialdemokratischen Parteien als Kandidaten aufgestellt. Wer seiner Gesinnung nach Sozialdemokrat ist, gehört in die freien sozialdemokratischen Gewerkschaften, wer, mag er auch in wirtschaftlichen Dingen radikal denken — ein Gegner der materialistischen Welt- und Kulturauffassung ist, der nicht nur an den Magen, sondern auch an den Geist, die Seele, glaubt, der gehört gewerkschaftlich zu uns und hat sich politisch in den nicht sozialdemokratischen Parteien zu betätigen. Daß die Gründung einer eigenen bürgerlich-radikalen Arbeitnehmerpartei gescheitert ist, wissen unsere Kollegen. Daran ist vorerst gar nichts zu ändern. Die Arbeitervertreter aus dem deutsch-demokratischen Gewerkschaftsbund werden in den bürgerlichen Parteien, mit denen sie bestimmte Kulturobeale verbinden, denen die Sozialdemokratie feindlich gegenübersteht, also nach wie vor den linken Flügel darstellen und

hier versuchen, das Programm des deutsch-demokratischen Gewerkschaftsbundes zu verwirklichen. Im übrigen ist u. E. die Parteientwicklung in Deutschland noch keineswegs abgeschlossen. Wir stehen gewiß nicht in dem Verdacht, daß wir Sozialistenfresser seien, aber das müssen wir doch sagen, wir sind entsetzt über den Geist, den die Sozialdemokratie aller Richtungen in den letzten Wochen gerade in kulturpolitischer Hinsicht entwickelt hat.

So schlägt einem z. B. aus den Wahlversammlungen und aus dem Schrifttum der Sozialdemokratie der letzten Wochen ein geradezu fanatischer Haß gegen die religiöse Ideenwelt unseres deutschen Volkes entgegen. Die Sozialdemokratie wird erleben, daß dadurch Millionen Wähler, die wirtschaftlich und gewerkschaftlich mit den sozialdemokratischen Organisationen zusammenarbeiten, politisch mit dem Bürgertum zusammengehen, ja zusammengehen müssen. Wir glauben, wie gesagt, nicht nur an den Wagon des Menschen, so wichtig auch die Lösung der Wagenfrage ist. Das Leben des einzelnen Menschen, unser Staats- und Gesellschaftsleben, unsere ganze Wirtschaft muß versittlicht werden. Wir lassen uns von der Sozialdemokratie unsere sittliche Ideenwelt, mit der wir gerade unsere radikalen wirtschaftlichen Forderungen motivieren, nicht verhungern, nicht kurz und klein schlagen. Wir sind aus diesem Grunde auch gegen die Ueberneutralität, wie sie von den Berliner Beamtenführern propagiert wird. Wir dehnen unsere politische Neutralität auf alle nichtsozialdemokratischen Parteien aus im Gegensatz zu den Berliner Beamtenführern die meinen, man müsse auch gegenüber der Sozialdemokratie neutral sein. Nein: jetzt, wo es nur noch zwei große Richtungen in der deutschen gewerkschaftlichen Beamten-, Angestellten- und Arbeiterbewegung gibt, die Generalkommission der Freien Gewerkschaften auf der einen Seite, der deutsch-demokratische Gewerkschaftsbund auf der anderen Seite, hat sich jeder Beamte, jeder Staatsarbeiter, jede Beamten- und jede Staatsarbeiterorganisation zu entscheiden, wo sie hingehört. Klare Bahn muß geschaffen werden. Wir sind fest entschlossen, diese unsere grundsätzliche Stellungnahme durch die und dünn zu vertreten. Durch die in weiteren Artikeln mitgeteilten Tatsachen werden unsere Kollegen von der Richtigkeit unserer grundsätzlichen Taktik noch mehr überzeugt werden. Nach der praktischen Seite hin stehen uns auch unendliche Aufgaben bevor. Das Alte ist niedergerissen. Deutschland ist ein großer Trümmerhaufen. Wir wollen es uns zu Beginn des neuen Jahres geloben, in alter deutscher Treue mitzuhelfen an dem Wiederaufbau unseres Volks- und Staatslebens. Zahlennäßig müssen wir wachsen. Zweihunderttausend Mitglieder muß unser nächstes Ziel sein.

Bur Scheidung der Geister.

Um es rund heraus zu sagen: wir haben dieses Halb- Dunkel, in dem sich die deutsche Beamten- und Staatsarbeiterbewegung seit der Revolution befindet, satt, gründlich satt! Klarheit muß geschaffen werden, und zwar so schnell wie möglich. Wir haben guten Leuten und schlechten Musketen lange genug Vernunft gepredigt, immer wieder Kompromisse gemacht, wir sind es leid.

Lassen wir einige Tatsachen sprechen:

Die Leitung des

Eisenbahnbeamtenbundes

steht in einer Druckschrift den Grundsatz auf: der Bund müsse neutral sein, da er in seinen Reihen sowohl sozialistische wie auch „mehr rechts“ stehende Elemente habe. In einem weiteren Rundschreiben vom 27. Dezember macht der 1. Bundesvorsitzende, Eisenbahnobersekretär Lange, folgende Mitteilung:

„Am 21. Dezember hatte die sozialdemokratische Partei die Verbandsvorsitzenden von Berlin und Umgebung zwecks Stellungnahme zu den Wahlfonds geladen. Näheres darüber in Nr. 352 a der Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 23. 12. 1918. Der Vorsitzende hatte das Ergebnis wie folgt zusammengefaßt: „Die Vorstände erklären, 1. daß sie und ihre Verbände unbedingte parteipolitische Neutralität wahren wollen; 2. daß etwa bestehende Wahlfonds u. dergl. streng neutral für Kandidaten aller Parteien verwandt werden sollen; 3. daß bei Wahlausrufen für politische Parteien und dergleichen die Verbandszugehörigkeit der Parteimitglieder nicht mißbraucht werden darf.“ Die Sozialdemokratie erklärt, daß, wenn gegen diese Grundsätze nicht verstoßen würde, sie keinerlei Agitation gegen die Fachverbände treiben wolle, daß sie dagegen neue Beamtenorganisationen auf sozialdemokratischer Grundlage bilden müßte, wenn die Fonds etwa ausschließlich für einzelne politische Parteien verwendet wür-

den. Wir Eisenbahner haben also Grund, dieses zu beachten. Von den über 200 000 Eisenbahnbeamten sind u. E. bereits 70—80 000 Beamte Anhänger der Sozialdemokratie, wenn das ausreicht. Der sozialdemokratische Deutsche Eisenbahnerverband hat in seiner Organisation bereits Sektionen für Bahnwärter, Weichensteller, Unterassistenten, Wagenmeister, Lokomotivführer, Zugführer, Assistenten und andere Beamte eingerichtet. Es handelt sich nun darum, ob die Entwicklung dahin geht, daß die Beamten in den Deutschen Eisenbahnerverband gedrängt werden oder ob sie in ihren Fachverbänden bleiben. Der D. E. B. macht gewaltige Anstrengungen. Innerhalb der letzten Woche fanden allein fünf Eisenbahnbeamtenversammlungen in Groß-Berlin statt, während der Bund aus Mangel an Mitteln (Saalmiete) nur zwei Versammlungen einberufen konnte. Ganze Dienststellen sind zum D. E. B. übergetreten, z. B. Güterabfertigung Anhalter Bahnhof, Güterabfertigung Neukölln, Schneidemühl, Rangierbahn Wahren bei Leipzig. Die Agitation des D. E. B. wird in nächster Zeit in allen Bezirken sehr stark sein. Es kann ihr zweckmäßig nur begegnet werden durch rechtzeitig einsetzende Versammlungen der Bundesbezirke.“

Wir werden zum Schluß unsere Meinung zu diesen Mitteilungen sagen.

Der Deutsche Beamtenbund.

die ehemalige Interessen-Gemeinschaft deutscher Beamtenverbände, hat sich unter obigem Namen als „neutrale Beamten-gewerkschaft“ etabliert. Ihr Vorsitzender, der Generalsekretär des Verbandes unterer Post- und Telegraphenbeamten, Herr Kemmers, gegen den wir persönlich nicht das geringste haben, im Gegenteil, vertritt ebenfalls den Standpunkt der absoluten „Neutralität“. Sozialdemokratische und bürgerliche Strömungen der verschiedensten Richtungen sollen im Beamtenbunde zusammenwirken können. Der Beamtenbund übt praktisch diese „Neutralität“ dadurch, daß er allen Parteien, auch den Sozialdemokraten, Beamtenkandidaten präsentiert hat. Bei der Sozialdemokratie bemüht sich Herr Camossa, der Führer der Unterbeamten im Kemmerschen Konzern, bei dem wir sehr bedauern, daß sich in Zukunft unsere Wege trennen, um eine Kandidatur. Sein Name steht mit unter dem Aufruf des Beamtenwerbeausschusses der sozialdemokratischen Partei. Der Eisenbahnbeamtenbund ist eine Unterabteilung des Kemmerschen Beamtenbundes. Dem Eisenbahnbeamtenbunde gehören zurzeit noch die Beamtenfachverbände und die Spartenverbände der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner an. Wir sind also vorerst noch ein Bestandteil dieser „neutralen“ Gebilde, deren Satzungen sich sehr schön lesen, deren Konsolidierung aber eine glatte Unmöglichkeit ist. Wir sagen zum Schluß das Nötige.

Die Lage bei den unteren Postbeamten.

Das organisatorische und finanzielle Rückgrat des „Deutschen Beamtenbundes“ ist der Verband der unteren Post- und Telegraphenbeamten. Hier entwickelt sich zurzeit eine Bewegung, die auf einen Anschluß des ganzen Verbandes an die Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften drängt. Eine Versammlung in Essen (!!!) beschloß mit dreiviertel Stimmenmehrheit, beim Verbandstage diesen Anschluß zu fordern. Derweilen predigen sogar in politischen Versammlungen der Mittelparteien die weitdeutschen Führer der unteren Postbeamten die — „Neutralität“ ihres Verbandes. Wirklich, wenn die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit.

Die Lokomotivführer.

Der Lokomotivführerverband, mit dem wir sonst ganz gut stehen, wird durch die Berliner Sozialdem. Elemente in seinen Reihen ebenfalls gezwungen, „neutral“ zu bleiben. Auf der ersten Versammlung des deutsch-demokratischen Gewerkschaftsbundes war er vertreten. Der Anschluß kam aus den obengenannten Gründen nicht zustande.

Die Telegraphen-Verkehrer und -Mechaniker, die Werkstättenverfasser.

Folgendes Rundschreiben mag für sich selbst reden:

Der Zentralvorstand Hannover, 16. 12. 1918.
J. Nr. 47.

An sämtliche Ortsgruppen!

Der gewaltige Umschwung, der sich in kurzer Zeit innerhalb unseres Vaterlandes vollzogen hat, hat es mit sich gebracht, daß auch wir unseren Zielen greifbar näher gekommen sind. Der richtigste Weg wäre nun, wenn ein Vertretertag stattfinden würde, was aber unter den jetzigen Umständen wohl nicht möglich ist. Der Zentralvorstand richtet daher an sämtliche Ortsgruppen die Aufforderung:

1. Sämtliches Material, was sich noch in den Händen der Ortsgruppen befindet, zwecks Erreichung unserer Besserstellung sofort einzusenden. Auch das Material, was die Kollegen gesammelt haben, die bei den Formationen gewesen sind;

2. anzugeben, was für Schritte unternommen werden sollen, um eine Besserstellung zu erreichen.

Der Vertretertag des Bundes ist auf unbestimmte Zeit verschoben. Der Zentralvorstand verspricht sich von Erfolgen des Bundes überhaupt nichts, da die einzelnen Beamtengruppen sich auf den Sitzungen ja schon gegenseitig bekämpfen.

Die Ortsgruppe Hannover hat dem Zentralvorstand den Vorschlag gemacht, sämtliche Mitglieder sollten sich dem Deutschen (sozialdemokratischen) Eisenbahner-Verband (freie Gewerkschaft) anschließen. Nach Rücksprache mit dem Verbandsleiter Hannover hat der genannte Verband sich damit einverstanden erklärt. Es würde dann innerhalb des Verbandes eine Sektion gebildet „Telegraphen-Verführer und -Mechaniker“. Der Sektionsleiter hätte dann Sitz und Stimme im Ministerium, wenn es sich um unsere Angelegenheit handelt. Die ganzen Petitionen pp. sind dann hinfällig, auf jeden Fall wird mehr erreicht als bisher. (Der Verführerverband für Hauptwerkstätten tritt jedenfalls gleich geschlossen über.)

Sollten die Ortsgruppen mit dem Vorschlag der Ortsgruppe H. einverstanden sein, so wird der Zentralvorstand das Weitere veranlassen. Evtl. andere Vorschläge ersuchen wir uns sofort einzusenden.

Mit kolleg. Gruß

Der Zentralvorstand.

J. N.: Wöbbeckend, 1. Schriftst.

Der Haller Eisenbahn-Oberbauarbeiterverband.

Der Vorsitzende dieses Verbandes, Lärz-Halle, macht seinem Vereine in Sprockhövel brieflich folgende Mitteilungen: Er habe auf Drängen der Mitglieder mit dem „Deutschen Eisenbahnerverband“ verhandelt. Dieser lehne aber ab. Er verlange Gesamtkapitulation. Wenn die Bezirksvereine sich trotzdem einer größeren Organisation anschließen wollten, so kämen nur die freien Gewerkschaften in Frage. Ein Beitritt zu den „Eiserfeldern“ sei ausgeschlossen.

Der Bezirk Elberfeld des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes (Trier-Berlin).

Kollege Hofader, mit dem wir, trotz aller früheren Gegenstände, in den letzten Jahren gerne zusammengearbeitet haben, will seinen ganzen Verbandsbezirk geschlossen dem Deutschen Eisenbahnerverbande zuführen. In einem Rundschreiben teilt er mit, daß die Kollegen Bremer-Beichlingen, Goosmann-Holz-wiede, Achenbach-Siegen, Feige-Arnsberg und er selbst für ein geschlossenes Abweichen zum Deutschen Eisenbahnerverband, Niemann-Sagen und Hohenstuh-Elberfeld dagegen seien. Müller-Opladen für eine Verschmelzung aller Verbände. Auf die Einzelheiten des Hofader'schen Rundschreibens gehen wir nicht ein. Seine persönliche Meinung in allen Ehren, aber bezüglich der Bedeutung des deutsch-demokratischen Gewerkschaftsbundes hat er vollständig daneben.

Eine bürgerlich-radikale Arbeiterbewegung, der über 1½ Millionen Angestellte und Arbeiter angehören, ist ein durchaus beachtenswerter gewerkschaftlicher und sozialpolitischer Faktor. Von einer Vereinigung des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes (Trier-Berlin) mit der Arbeitergruppe der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner (Elberfeld) scheint sich ... Kollege Hofader nichts zu versprechen. Das bedauern wir sehr. Im übrigen bedauern wir auch, daß seitens unserer Kollegen dieser wichtigen Frage noch nicht das genügende Interesse entgegengebracht wird. Die Verhandlungen mit der Leitung des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes über die Einzelheiten einer Vereinigung werden wir sofort nach diesen Wahlen aufnehmen. Die Sache hat sich dummerweise verzögert, weil wir immer hofften, der Kollege Schmidt-Comz würde aus dem befehlten Gebiet einmal nach Berlin kommen können. Pflicht der Ortsvereine unserer Arbeitergruppe in der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner ist es, nachdrücklich mit den Kollegen des Trier-Berliner Verbandes die engste Fühlung zu halten. Mit ihnen einmal die ganzen schwebenden Fragen durchzusprechen und uns auch geeignete Vorschläge bezüglich einer Einigung zu machen. Wir werden später noch, wenn erst einmal die Grundlagen für die Vereinigungsverhandlungen geschaffen sind, im Organ weiter dazu Stellung nehmen.

Fassen wir jetzt einmal unsere Meinung zu der Frage der Scheidung der Geister kurz zusammen:

Der Vorstand des Eisenbahnbeamtenbundes stellt mit einem trodenen und mit einem nassen Auge fest, daß der sozialdemokratische Eisenbahnerverband bereits Sektionen für die

verschiedenen Beamtengruppen bis zum Lokomotofführer und Assistenten hinauf errichtet habe, daß die Sozialdemokratie unter der Eisenbahnbeamenschaft schon 70—80 000 Anhänger zähle. Trotzdem bleibt er auf seinem „Ueberneutralitätsstandpunkt“ stehen. Ohne ein Wort der Mißbilligung wird den Direktionsverbänden mitgeteilt, daß die Sozialdemokratie in Berlin den Vorständen der Beamtenverbände das Versprechen abgenommen hat, unbedingt auch gegenüber der Sozialdemokratie neutral zu bleiben, die Sozialdemokratie innerhalb der Verbände als gleichberechtigt anzuerkennen, auch ihre Beamtenkandidaten mit Wahlgeldern zu unterstützen. Die Sache wäre also im schönsten Fluß. Die „neutralen“ Beamtenverbände werden vorerst von der Sozialdemokratie durchsieht und von unten heraus ausgehöhlt und später einer nach dem andern annektiert. Siehe die Verführer! Daß auf die Dauer bei den heutigen Geistes-kämpfen soz.-materialistische Beamtenführer neben Beamtenführern entgegengesetzter, etwa christlich-sittlicher liberaler oder nationaler Auffassung in neutralen Verbänden zusammen arbeiten können, ist ausgeschlossen. Die Geister werden und müssen sich scheiden. Das beweist uns die Geschichte der Privatbeiterbewegung zur Genüge. Dasselbe gilt für die Kemmersche Beamtenbewegung. Eine reinliche Scheidung der Geister schließt selbstverständlich nicht aus, daß die beiden großen Richtungen in der Staatsangestelltenbewegung, die sozialdemokratische und die nichtsozialdemokratische, ebenso wie dieses bei den Gewerkschaften der Privatbeiter seit Jahren üblich ist, in wirtschaftlichen Fragen zusammenarbeiten und gemeinsame Aktionen durchführen.

Werden wir uns jetzt über folgendes klar:

1. Der deutsch-demokratische Gewerkschaftsbund ist in drei Abteilungen, Privatbeiter, Angestellte und Staatsangestellte gegliedert. Der Abteilung der Staatsangestellten gehören bisher entweder durch direkten Anschluß oder indirekt vermittels Großorganisationen an:

Die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter;

die übrigen Staatsangestelltenverbände des Reichskartells, der bayerische, württembergische und badische Eisenbahnerverband (Unterbeamte und Arbeiter), der bayerische Verband der Postbeamten und -arbeiter.

Ebenso der Allgemeine Eisenbahnerverband, Sitz Trier-Berlin.

Diese eben genannten Verbände denken gar nicht daran, ihr Verhältnis zu dem deutsch-demokratischen Gewerkschaftsbund zu lösen, der ihnen ein vorzügliches Wirtschafts-, Staats- und Kulturprogramm gegeben und damit eine scharfe Grenze gegenüber der äußersten Linken in der deutschen Arbeiterbewegung gezogen hat.

2. Unser unverrückbares Ziel ist, die gesamten deutschen Staatsangestelltenverbände dem deutsch-demokratischen Gewerkschaftsbunde zuzuführen, soweit dieselben nicht der Gesinnung der Mehrzahl ihrer Mitglieder nach sich für den Anschluß an die sozialdemokratischen Gewerkschaften entscheiden.

3. Die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner wird ihre Stellung weiter befestigen und ihre Agitationskraft weiter ausdehnen. Sie wird sich niemals dazu verkehren gegenüber der Sozialdemokratie im Sinne des Eisenbahnbeamtenbundes und im Sinne der Kemmerschen Beamtenbewegung „Neutralität“ zu üben. Sie wird die Verbindungen, die sie bis jetzt noch mit dem Eisenbahnbeamtenbund unterhielt, in ganz kurzer Zeit lösen, wenn nicht baldigst grundsätzliche Klarheit geschaffen wird.

4. Unser Grundsatz, wonach Beamte und Arbeiter, wenn auch in Gruppen getrennt, so doch organisatorisch eifer Zentralgewerkschaft angehören müssen, halten wir nach wie vor aufrecht und sind nicht gewillt, hier irgend welche Konzessionen zu machen.

5. Eine Verständigung mit dem Eisenbahnbeamtenbund ist auf folgender Grundlage möglich: Der Eisenbahnbeamtenbund wird umgewandelt in einen allgemeinen Eisenbahnerbund. Dieser zerfällt in zwei organisatorisch durchaus selbständige Abteilungen, die nur in größeren Fragen zusammenarbeiten. Eine Abteilung umfaßt die Beamten und Arbeiter, die ungefähr einer sozialen Schichtung angehören, diese Abteilung ist die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, an deren Struktur und Grundsätzen nichts geändert wird, die andere Abteilung, die ruhig den Namen Eisenbahnbeamtenbund beibehalten kann, umfaßt die Beamten, die nicht mehr zu den eigentlichen proletarischen Eisenbahnerschichten gehören, sondern die Staatshoheit verkörpern. Die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner vollzieht ihren Austritt aus dem deutsch-demokratischen Gewerkschaftsbund, dafür schließt sich der Eisenbahnerbund dem deutsch-demokratischen Gewerkschaftsbunde an. Die Mehrheit der Delegation im deutsch-demokratischen Ge-

wirtschaftsbünde wollen wir den heutigen Führern des Eisenbahnbeamtenbundes überlassen. Ebenso sollen sie die Führung im Eisenbahnerbunde haben.

6. Das Reichsstatut der Staatsangestellten bleibt bestehen, ebenso sein Anschluß an den deutsch-demokratischen Gewerkschaftsbund. Es wird, wenn die Kemmersche Beamten-gewerkschaft auf ihrer „Neutralität“ gegenüber der Sozialdemokratie beharrt, bestrebt sein, alle nicht sozialdemokratischen Beamten- und Staatsangestelltenorganisationen an sich heranzuziehen.

7. Kommt es auf Grund unserer hier gemachten Vorschläge zu keiner Verständigung, dann werden wir trotzdem unser Organisationsprinzip auf dem Wege des Kampfes von Westdeutschland her durchzusetzen wissen. Die Kollegen in Westdeutschland drängen uns, Klarheit zu schaffen. Ebenso wie das Deutsche Reich mit seinem Wasserlopp Berlin ohne Rheinland und Westfalen nichts bedeutet, bedeutet auch die deutsche Staatsangestelltenbewegung ohne ihren rheinisch-westfälischen Besitzstand nichts. Zudem steht doch fest, daß in Rheinland und Westfalen innerhalb der Staatsangestellten und -arbeiterbewegung ein hohes Maß von gewerkschaftlicher Schulung steht, das uns bei den kommenden Auseinandersetzungen sehr gute Dienste leisten wird. Wir haben hiermit, soweit die Beamtenbewegung in Frage kommt, unser letztes Wort gesprochen.

8. Was die Arbeitergruppen anbelangt, so muß zwischen Elberfeld und Trier-Berlin baldigst eine Verständigung erfolgen. Abrutschen von Mitgliederbeständen des Trier-Berliner Verbandes (siehe Bezirk Elberfeld) ist mit allen Mitteln zu verhindern.

9. Nachdem der Vorsitzende Vize des größten Verbandes der Staatshandwerker- und arbeitergemeinschaft seine Oberbauarbeitervereine dahingehend instruiert, daß sie sich, wenn schon, dann den sozialdemokratischen Gewerkschaften anschließen sollen, fordern wir unsere Kollegen, Beamte wie Arbeiter, auf, mit Nachdruck dahin zu wirken, daß sich die in den kleinen Verbänden organisierten Betriebs- und Oberbauarbeiter der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner anschließen.

Lohn-Bolschewismus.

Den Mitgliedern der Arbeitergruppe der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner (Elberfelder Verband) teilen wir mit, daß wir an der letzten Lohnordnung durchaus unzufrieden sind. Die drei Verbände hatten i. Jt. in der Lohnkommission eine gut durchgearbeitete Lohnordnung fertiggestellt. Auf einmal streikten die Bolschewisten in den Berliner Hauptwerkstätten und setzten die Lohnordnung durch, die augenblicklich zur Durchführung gelangt. Unser Verband wurde dabei selbstverständlich ausgeschaltet. Nachdem die Berliner Bolschewisten dieses Lohnsystem eingeführt haben, können sie jetzt auch sehen, wie sie es wieder reformieren. Daß die Beamtenschaft über diese bolschewistische Lohnwirtschaft nicht erbaut ist, liegt klar auf der Hand. Die Beamtengruppen der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner haben damals durch eine Abordnung unter Leitung unseres Berliner Sekretärs Peiffhelm im Ministerium die Betriebszulagen durchgeleitet, die jetzt zur Auszahlung gelangen. Augenblicklich verhandeln wir wegen einer nochmaligen Zulage an die Beamten. Jedemfalls wiederholen wir das eine: Wenn diese verfluchte Bolschewistenwirtschaft vorüber ist, muß ein gerechter Ausgleich zwischen den Einkommen der Beamten und Arbeiter in Stadt und Land geschaffen werden. Das wird aber nur geschehen können, wenn in der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner Beamte und Arbeiter solidarisch zusammenarbeiten und die neuen Gehalts- und Lohnregelungen solidarisch zusammen vorbereiten.

Die preussische Staatsregierung, die i. Jt. die bolschewistischen Lohnforderungen angenommen hat, erläßt z. Jt. einen Ufas gegen die hohen Lohnforderungen der Eisenbahner und erlaubt den Eisenbahnministern, dem zu widerstehen. Ein sozialdemokratischer Vertreter des Finanzministeriums hat ferner neulich den Funktionären des sozialdemokratischen Eisenbahnerverbandes klar gemacht, daß bei einem Defizit von 1 Milliarde 300 Millionen Mark die Eisenbahnverwaltung in Zukunft eine gemäßigtere Lohnpolitik machen müsse. Die ganze Sache läuft also auf eine Senkung der Eisenbahnverlöhne hinaus. Unterzeichnet ist der Erlaß auch von dem Vize-Eisenbahnminister Paul Hoffmann, der jetzt den Dienst quittiert hat. Wir haben keinen Grund, uns über das Senken der Eisenbahnverlöhne den Kopf zu zerbrechen. Wenn man uns bei der Einführung derartiger Lohnexperimente ausschaltet, mag man sehen, wie man zu Rande kommt. Bei dieser Gelegenheit möchten wir unseren Kollegen auch den bringen den Rat geben, nicht etwa bei Lohnstreiks aus Vernunftsgründen den Streikbrecher zu spielen. Die Sache verlief nämlich

in einem der jüngsten Fälle so: Unsere Mitglieder lehnten zunächst den Streit ab mit dem Hinweis darauf, daß im Ministerium Vertreter der Organisationen lägen, die die Differenzen durch Verhandlungen aus der Welt schaffen könnten. Mittlerweile knallten die Sozialdemokraten die Broden und machten gegen unseren Verband eine wüste Hege, die uns viele Mitglieder kostete. Allerdings, politische Streits haben unsere Kollegen, soweit die Parole von der sozialdemokratischen Seite irgend welcher Richtung kommt, abzulehnen. Wir wollen damit nicht sagen, daß wir nun etwa von der Waffe des politischen Streits seinen Gebrauch machen wollen. Diese Möglichkeit ist unter den heutigen Verhältnissen durchaus vorhanden. Die Parole dazu kann aber selbstredend nur von der Leitung der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner ausgehen werden.

Die Katastrophe des Kapitalismus.

Im neutralen Ausland begegnet man besonders bei Geschäftsleuten der Meinung, der Weltkrieg sei ein Kampf um Kohle und Erz gewesen, und die jetzt von der französischen Presse entwickelten Kriegssatire oder „Friedensbedingungen“, die ganz offen auf den Erwerb oder zumindest „wirtschaftliche Unterwerfung“ des Saarbeckens und des rheinisch-westfälischen Industriegebietes hinielen, geben dieser Meinung eine gewichtige Unterlage. Daß auf der andern Seite auch in Deutschland daran gedacht worden ist, im Falle des Sieges in Kohle und Erz Erweiterungen des deutschen Wirtschaftsgebietes oder Entschädigungen zu erhalten, ist zweifellos. Aber es ist doch ein großer Unterschied. Als „Kriegsgrund“ ist für Deutschland ein wirtschaftliches Machterweiterungsinteresse nicht in Frage gekommen. Deutschland hat den Krieg rein als Verteidigungskrieg begonnen. Mögen noch so viele „Entschuldigungen“ nach Eisnerschem Muster über die Vorgeschichte des Krieges kommen, sie werden die Tatsache nicht erschüttern können, daß für Deutschland ganz allein das militärische Zwangsgebot, den Erdrosselungsring der Entente zu durchbrechen, für den Eintritt in den Krieg maßgebend war. Auf der Seite der Entente bestanden allerhand Kriegsgründe, unter denen brutale Raubgier wohl die oberste und entscheidende Rolle spielten. In Frankreich waren die Inhaber der tatsächlichen Regierungsgewalt die Vertreter der großkapitalistischen Interessen, wie es der französische Sozialist Delais offen erklärt hat, und in dieser Clique waren die Kohlen- und Erz-Interessenten von maßgebendem Einfluß. England hat ganz gewiß den Weltkrieg nicht gewollt, aber nur, weil es hoffte, auf anderem, friedlichem und billigerem Wege sein Ziel, die Niederwerfung des unbequemen Konkurrenten auf dem Weltmarkt, zu erreichen. Die Ententepolitik sollte an sich nicht zum Kriege führen, nach englischer Meinung, aber als es doch zum Kriege kam, mußte England sich beteiligen. Gelegt hat nun das verbündete Großkapital der Entente, und Deutschland wird ihm fronen müssen.

So müßte man also annehmen, daß der Weltkrieg mit einem gewaltigen Siege des Kapitalismus geendet habe und nur ein tragischer Akt in dem Drama gewesen sei, dessen Spiel die ganze Welt in die Abhängigkeit von dem angelsächsischen Kapitalismus bringen sollte. Das letzte und stärkste Volk, das sich wehrte, wäre mit Deutschland unterlegen. Welches Volk würde fortan noch die Macht und den Mut haben, gegen die wirtschaftliche Erdrosselung durch den angelsächsischen Kapitalismus Widerstand zu leisten? Die „Verbündeten“ sind ihm während des Krieges, soweit sie es noch nicht waren, reißlos ausgeliefert worden, wenn auch die Kapitalistenfreise dank der internationalen Solidarität des Großkapitals ihren Profit gemacht haben — die Völker werden die Ironie schon spüren. So müßte man annehmen, wenn mit dem Waffenstillstand und dem kommenden Friedensschluß das weltgeschichtliche Geschehen, das sich im Weltkrieg äußerte, zu Ende wäre. Das wird aber nach unserer Ueberzeugung nicht der Fall sein. Vielleicht werden noch Jahre und Jahrzehnte dahingehen, bis dieses Geschehen zum Ende kommt. Das Ende aber wird sein der Zusammenbruch des Kapitalismus, der kapitalistischen Welt, der kapitalistischen Wirtschaftsverfassung auf der ganzen Erde, und der Weltkrieg hatte die Aufgabe, die Entwicklung zugleich auf den Höhepunkt und auf den Punkt der Krise, des Beginns des inneren Zerfalls zu treiben. So glauben wir den Weltkrieg die Katastrophe des Kapitalismus nennen zu dürfen.

Die kapitalistische Wirtschaftsordnung ist nicht dadurch charakterisiert, daß es in ihr Kapital gibt; das was Kapital ist, wird es wahrscheinlich auch in der zukünftigen Wirtschaftsordnung geben. Kapitalismus ist der die heutige Welt

beherrschende Geist des Schrankenlosen und alles andere Tun und Denken auf eine geringere Rangstufe zurückdrängenden materiellen Gewinnstrebens. Der Kapitalismus geht über Menschenwert und alle idealen Güter rücksichtslos hinweg, wenn sein Gewinnstreben im Spiele ist, er geht aus von der Irrlehre der Produktivität des Geldes und macht durch den Kapitalzins die menschliche Arbeit zu seinem willenlosen Knecht. Die Früchte und Schätze der Erde, die Errungenschaften von Technik und Wissenschaft müssen ihm dienen. Mache Geld, wenn es geht, auf anständigem Wege, aber mache Geld — lautet die allein maßgebende Parole. Auch die Arbeit der Völker und die Politik der Staaten kamen immer mehr in Abhängigkeit von den Interessen und Wünschen der Geldherrscher. Und diese rein von kapitalistischen Interessen geleitete Politik der Staaten hat die Völker im letzten Grunde auch in den Weltkrieg gerissen. Der Weltkrieg sah die gewaltigsten Anstrengungen und Opfer, die je von der Menschheit gefordert worden sind, und die gebracht wurden in einem Kampfe, der wie kein anderer vordem ein Kampf der willenlosen Menschenmassen und der technischen Mittel war. Nie hat der Kapitalismus eine gewaltigere Leistung vollbracht als diese Mobilisierung der Millionenheere und die Bereitstellung von ungeheuren Kriegsmaterial und das Aufgebot technischen Scharsinns.

Nicht deshalb glauben wir, daß für den Kapitalismus der Weltkrieg die Katastrophe heraufgeführt hat, weil in Millionen Herzen und Köpfen die Unvernunft und die Verderblichkeit dieser Wirtschaftsordnung empfunden und erlitten worden ist, auch nicht deshalb, weil die gewaltigen Blutopfer der Menschheit ein Recht darauf geben, daß aus dieser Saat ein besseres Zeitalter erblühe. Sondern der Weltkrieg hat mit seinen riesenhaften wirtschaftlichen und technischen Anstrengungen und Leistungen die historische Mission des Kapitalismus zur Reife und zum Ende gebracht. Wir sind weit davon entfernt, in der kapitalistischen Wirtschaftsperiode nur die Schwächen und Schattenseiten zu sehen. Er hat auch unter Aufgebot der gewaltigsten Schaffenskraft und Intelligenz die wirtschaftliche Beherrschung der Erde, der Naturkräfte durch den Menschen möglich gemacht und durchgeführt. Er hat zum ersten Male in der Geschichte die gesamte Erde dem Willen und der Arbeit des Menschen unterworfen, so daß heute kaum ein Fleckchen auf der Erdoberfläche noch existiert, das nicht der Weltwirtschaft erschlossen, von ihr und für sie in Dienst genommen worden ist. Diese Leistung konnte nur vollbracht werden von einem Menschengeschlecht, das sich die wirtschaftliche Beherrschung der Erde zum obersten Ziel seines Denkens und Handelns gesetzt hatte, das alle seine Latenzkraft und Geisteskraft an diese Aufgabe wendete. Sie war nur möglich durch die gewaltigen technischen Errungenschaften, die der Produktion und dem Verkehr dienstbar gemacht wurden, sie war auch nur dadurch möglich, daß das Kapital durch die Anlodung hohen Gewinnes überall dahin geleitet wurde, wo es „Neuland“ zu erschließen und für die Weltwirtschaft zu gewinnen galt. Was daran noch fehlte, hat der Weltkrieg mit seinen riesenhaften Anforderungen hinzugefügt.

Nun ist die wirtschaftliche Beherrschung der gesamten Erde vollendet. Wenn ein Sinn in der Weltgeschichte ist, dann muß der Kapitalismus, der seine Aufgabe getan hat, verschwinden; von seinen Schäden zum Untergang verurteilt, nachdem er durch positive Leistungen nicht mehr sich zu rechtfertigen vermag. Die Völker, die von ihm ausgebeutet wurden, die ihm Grondienste leisteten, werden ihn nicht länger ertragen. Von diesem Schicksal wird auch der im Weltkrieg siegreiche angelsächsische Kapitalismus sicher ereilt werden — über nah oder lang.

Diese Erkenntnis hilft uns natürlich über den Jammer dieser Lage nicht hinweg. Der von der Sozialdemokratie gepredigte Kommunismus ist unfähig, die positiven Leistungen der kapitalistischen Wirtschaftsperiode in die neue Wirtschaftsordnung hinüberzunehmen, er wird nur zertrümmern und zertrümmern können. Noch viel mehr gilt dies natürlich vom Bolschewismus, der zum System gewordenen Tollheit. Doch scheint es so in der Geschichte der Menschheit vorgeschrieben zu sein, daß immer auf ein Extrem zunächst das entgegengesetzte Extrem folgen muß, daß ein Emporstreigen nur auf dem Wege des Durchlebens aller Fehler und Irrungen möglich ist. Die Gegenwart ist düster, die nächste Zukunft wird wohl noch mehr Verhängnis und Traurigkeit bringen. Aufrecht halten kann uns nur der Glaube und das Vertrauen, daß eine spätere Zukunft besser sein wird. Und an diese spätere Zukunft müssen wir denken, für sie müssen wir arbeiten. Br.

Bodenreform und Beamtenpolitik.

Von Albert Fallenberg.

Verbandsdirektor des Deutschen Beamtenbundes.

Für einen großen Teil der Beamtenschaft enthält der Begriff „Bodenreform“ ein Stück persönlichen Erlebens. Seit jeher haben die Beamtenführer irgendwie mitgearbeitet in den Reihen der Führenden auf dem Gebiete der Bodenreform. Nicht wenigen ist der staatspolitische Inhalt der Beamtenfragen erst aufgedämmert auf den großen Jahrestagungen der Bodenreformer. Und ob sie der hier geübten Behandlung der einzelnen Fragen zustimmen mochten oder nicht, immer wieder wurden sie durch die Folgerichtigkeit der Gedankengänge mit innerer Wärme erfüllt und auf neue zu eigener Tat beflügelt. Wenn heute von einer Durchbringung der Beamtenfragen mit sehr viel mehr Staatsbürgergeist als vor dem Kriege geredet werden darf, dann wollen wir jene Schulung unserer staatsbürgerlichen Fähigkeiten durch die Tagungen der Bodenreformer nicht vergessen.

Wir müssen uns in die Anfänge öffentlicher Beamtenpolitik zurückverlegen, um den heutigen Stand recht würdigen zu können. Die führend im beamtenpolitischen Lager waren, fanden selten Zeit zur Vertiefung in die Zeitprobleme, ihnen fehlte daher meistens der Anreiz zur Verknüpfung der Fäden eigener Politik mit denen der allgemeinen Staatspolitik. Sie eilten heraus aus den Bureaus, hinein in die Versammlungen, um Forderungen zu stellen, das Solidaritätsgefühl zu wecken und wachzuhalten, und so den Geist ins Leben zu rufen, ohne den keine Organisationsbewegung gedeihen kann. Die Beamtenbewegung wuchs, sie sog gewisse Maken in der Stille ihres Werdens staatspolitische Säfte aus ihrer Umwelt in sich hinein. Aber ihre Träger waren so ganz Feuer und Flamme für die Durchsetzung eigener Forderungen, daß sie darüber oft die Wahrheit vergaßen, daß die Allgemeinheit in der Politik nur dort Hilfe leistet, wo sie eigene Interessen mit zu vertreten Gelegenheit findet. Beamtenpolitik blieb daher lange Zeit das Sondergebiet einer wohl angesehenen, aber nicht gerade beliebten Bevölkerungskategorie. Das harte Wort von den „Schmarozkern am Staate“ fand zwar nicht uneingeschränkte Anwendung, immerhin aber blieb in der nichtbeamteten Bevölkerung vielfach die Auffassung von dem gesicherten Dasein des Beamten bestehen.

Sogar das erste Kriegsjahr ließ diese Meinung unberührt. Erst als die große Teuerung grundlegende Neuerungen auf dem Gebiete der allgemeinen Arbeitsentlohnung entliehen ließ, änderte sich das Bild.

Mit unbestechlicher Helligkeit zeigte die fortschreitende Geldentwertung die schiefe Bahn, auf der alle fest besoldeten Existenzen, voran die öffentlichen Beamten, durch die Wirkungen des Krieges abwärts getrieben werden würden. Es gibt kein Halten mehr, auch eine weitgehende Besoldungsreform kann nicht mehr zu Zuständen zurückführen, die vor dem Kriege bestanden. Die Kurbesoldungspolitik ist überlebt. Das heißt nicht etwa, daß es künftig im Beamtentum ohne eine konsequente Besoldungspolitik vorwärts gehen könnte. Durchaus zu Recht haben die Beamtenorganisationen als vornehmste Aufgabe die Schaffung eines zeitgemäßen Besoldungsprogramms vorangestellt. Wenn aber die Beamtenpolitik im ganzen auf die Dauer erfolgreich sein soll, muß sie da eingreifen, wo auch das Beamtendasein, ebenso wie dasjenige des nichtbeamteten Staatsbürgers, seinen natürlichen Stützpunkt findet; in einer gesunden Boden- und Wohnungspolitik, wie sie am folgerichtigsten seit Jahrzehnten von dem Bunde Deutscher Bodenreformer erstrebt wird.

Wir sagen damit weiten Beamtenkreisen gewiß nichts Neues; fühlen aber die heilige Pflicht, gerade jetzt mit allem Nachdruck wieder und wieder auf die inneren Zusammenhänge zwischen Bodenreform und Beamtenpolitik hinzuweisen, um die innerhalb und außerhalb des Beamtentums wachsende Erkenntnis zu stärken, daß der Kampf um die Erhöhung der Beamtengehälter allein daneben trifft, wenn nicht zugleich die fortschreitende Geldentwertung aufgehalten wird. Wir haben die Schädigungen dieses Systems zu lange am eigenen Leibe erfahren müssen, um nicht zu wissen, daß jede Gehaltserhöhung nahezu aufgehoben wird durch die unbillig steigende Verteuerung des Bodens und die daraus folgende Steigerung der Mieten für Wohnungen, Werkstätten und Läden, schließlich der gesamten Urproduktion (Getreide, Bodenerzeugnisse) und der hieraus unmittelbar oder mittelbar entstehenden Verteuerung der gesamten Lebenshaltung. In diesem Augenblick kann es sich nur noch darum handeln, den Weg zu finden, auf dem auch der Letzte herangeholt werden kann zur Mitarbeit. „Kein Mann darf feiern.“ Die alten Scheingründe sind von dieser Mitarbeit fernzuhalten, sollten nach den

Jahren gemeinsamen Kriegserlebens abgetan sein. Wir finden keine Zeit, so gern wir mitarbeiten möchten, wir unterstützen die Bodenreform mittelbar ja schon durch die Zugehörigkeit unseres Vereins zum Bunde — man kann nicht alles nur durch Bodenreform erreichen wollen. Wir kennen die Lachheit, die sich hinter diesen und ähnlichen Gründen versteckt. Hier muß gründlich ausgeholt werden zu neuem Wollen. Noch heute, in dieser Stunde noch, muß mit der Inangriffnahme dieser dringendsten Aufgabe begonnen werden.

Es gibt keinen Deutschen, der nicht das lebendigste Interesse an der Erhaltung deutschen Familienlebens hat. „Unsere Krieger, die ihr Vaterland unter schwersten Opfern so ruhmvoll vor dem Verderben geschützt haben, dürfen bei ihrer siegreichen Heimkehr nicht mit Wohnungslosigkeit empfangen oder gar mit Frau und Kindern der Obdachlosigkeit preisgegeben werden.“ Diese Worte Hindenburgs aus einem Briefe an A. Damaskus, den Führer der deutschen Bodenreformer, fordern die bedingungslose Mitarbeit an der Lösung augenblicklicher Aufgaben. Der Feldmarschall hebt in demselben Briefe die bodenpolitischen Aufgaben weit hinaus über die Grenzen der Gegenwartsarbeit, er stellt sie mitten hinein in das Programm des deutschen Volkes, wenn er schreibt: „Das Vaterland soll jedem, der von ehrlicher Arbeit leben will, dazu helfen, ein vor Wuchererhänden geschütztes Heim zu gewinnen, in dem deutsches Familienleben und der Aufwuchs an Leib und Seele gesunder Kinder möglich ist.“

Aber ein Hindenburg bleibt nicht beim Wort stehen, er ist auch auf dem scheinbar seiner Kriegstun fernab liegenden Gebiete der Mann der Tat. Wo er Einfluß besaß, da wendete er ihn auf, um seine als richtig erkannten Ideen zu verwirklichen. Das ist Konsequenz des Gedankens. Hindenburg kämpft gegen die Ausbeutung des Bodens durch Wuchererhände. Das ist die kurze Formel des denkwürdigen Erlasses vom 17. Juni d. J.: „Volkswohlstand besteht nicht in einer kleinen Zahl von Großkapitalisten, sondern in einer möglichst großen Zahl leistungsfähiger, selbständiger, heimfester und heimfroher Staatsbürger, die dem Staat das liefern, was er in allererster Linie braucht: Menschen, gesund an Leib und Seele.“

Dieser Erlass Hindenburgs, der mit weit ausholendem Schwung dem Spekulantentum den Atem wegnimmt, reißt mit einem Schlage alle Kreise zusammen, die bisher in einzelnen Lagern für Boden- und Wohnungsreform gekämpft haben. Eine groß angelegte Propaganda muß einsetzen, die Aufklärung über Boden- und Wohnungsprobleme in die Mitgliederreihen des bescheidensten Ortsvereins trägt. Ohne diese Aufklärungsarbeit wird die umfassende bodenreformistische Praxis ausbleiben. Sie aber gebrauchen wir für das entlegenste deutsche Dorf. Wir wissen heute noch nicht, wie der von jedem Deutschen sehnlichst erhoffte Friede aussehen wird, eins aber erscheint schon jetzt allen Notwendigkeit: die stärkere Verankerung des Deutschen im vaterländischen Boden. Dieses Ziel läßt sich nur erreichen auf den im Hindenburg-Erlass gekennzeichneten Wegen. Sie allein können daher als die Wege einer großzügigen, aus aller Beengtheit befreiten Beamtenpolitik angesprochen werden.

Beamtenpolitik und Bodenreform finden die Wurzeln ihrer Kraft in den gleichen Gedankengängen. Beamtenpolitische Praxis ist daher zum guten Teile bodenreformistische Arbeit. Die Früchte dieser Arbeit können nur dort geerntet werden, wo Volkswohlstand im Sinne Hindenburgs besteht, das heißt inmitten einer bodenständigen Volksgesamtheit, deren Gewinn im leiblichen und seelischen Wachstum aller begründet liegt.

Verjährung im Jahre 1918.

Dr. Hans Lieske, Leipzig.

Mit dem Schlusse des Jahres droht dem Gläubiger, der bisher nachsichtig von der Eintreibung seiner Forderung abgesehen hat, die Gefahr der Verjährung. Der Erfahrung weiß, daß er gegen Jahresende Umschau halten und Maßnahmen ergreifen muß, um der drohenden Verjährung vorzubeugen. Die sogenannten Forderungen des täglichen Lebens, also diejenigen Forderungen, die im wirtschaftlichen Verkehr gang und gäbe sind, verjähren bekanntlich bereits in zwei Jahren. Dabei beginnt die zweiährige Verjährungspflicht vom Schlusse des Kalenderjahres an zu laufen, in dem der Anspruch entstanden ist.

Zu den Forderungen, die in zwei Jahren verjähren, gehören z. B. die Forderungen der Kaufleute, Fabrikanten und Handwerker für Lieferung von Waren und Ausführung von Arbeiten, die Forderungen der Gastwirte für Gewährung von Wohnung und Kost, die Ansprüche der gewerb-

lichen Arbeiter auf Lohn, die Ansprüche der Ärzte, Zahnärzte, Geburtshelfer, Hebammen für ihre Leistungen. Die Forderungen der Kaufleute, Fabrikanten und Handwerker für Lieferung von Waren und Ausführung von Arbeiten verjähren aber nur dann in zwei Jahren, wenn die Waren und die Arbeiten für den Privatbetrieb des Schuldners geleistet werden. Erfolgt die Leistung für den Gewerbebetrieb des Schuldners, so tritt die Verjährung erst in vier Jahren ein. Nicht in zwei, sondern in vier Jahren erst verjähren auch, was sehr wichtig ist, die Ansprüche auf Rückstände von Zinsen.

Sat also z. B. der Inhaber eines Damenmodegeschäfts im Januar 1910 an eine Schauspielerin für 1000 Mk. Kleidungsstücke geliefert, so ist seine Forderung nach zwei Jahren verjährt, aber nicht schon im Januar 1912, sondern erst mit dem 31. Dezember 1912, weil — wie wir oben gesehen haben — die Verjährung erst mit dem Ende des Jahres beginnt, in dem die Forderung entstanden ist. Hat dagegen der Inhaber eines Großkleidergeschäfts im Mai 1909 an einen Kleiderhändler zum Wiederverkauf für 25 000 Mark Waren geliefert, so trat die Verjährung erst nach vier Jahren ein, also mit dem 31. Dezember 1913. Hat der Inhaber des Großkleidergeschäfts vor dem 31. Dezember 1913 nichts dazu getan, den Eintritt der Verjährung zu verhindern, so sind ihm die 25 000 Mark verloren.

Selbstverständlich hat der Gläubiger ein dringendes Interesse daran, der Verjährung vorzubeugen. Als ein solches Mittel bietet sich ihm das Anerkenntnis des Schuldners. Wenn der Schuldner in irgend einer Form, sei es durch schriftliche Bestätigung, sei es durch Abschlagszahlung, sei es durch Zinsentrichtung, zugestimmt, daß die Forderung des Gläubigers besteht, so beginnt von diesem Zeitpunkt an eine neue Verjährungsfrist (von zwei oder vier Jahren) zu laufen. Das gebräuchlichste Mittel, um die Verjährung zu verhindern, ist der Zahlungsbefehl. Der Gläubiger erwirkt eine Auforderung des Gerichts, daß der säumige Schuldner zu zahlen habe. Auch hier wird durch den Zahlungsbefehl die Verjährung unterbrochen und es beginnt eine neue Verjährungsfrist.

Wie verhält sich's nun im Krieg, in dem wir ja noch immer stehen? Muß auch während des Krieges der Gläubiger darauf bedacht sein, daß er seine Forderungen nicht durch Verjährung verliert, oder ist jetzt allgemein dem Laufe der Verjährung ein Hemmschuh angelegt?

Zunächst wurden zugunsten der Kriegsteilnehmer Ausnahmen von der Verjährung gemacht. Die betreffenden Vorschriften sind aber heute nicht mehr von großer Bedeutung, weil sie nur solange gelten, als jemand Kriegsteilnehmer ist und weil mit dem Fortschreiten der Demobilisierung die Kriegsteilnehmereigenschaft immer mehr schwinden wird.

Daneben bestehen aber noch andere Vorschriften, die sich nicht auf Kriegsteilnehmer beschränken, sondern für alle gelten. Diese Vorschriften engen die Verjährung der oben bezeichneten Forderungen des täglichen Lebens in außerordentlich einschneidender und bedeutsamer Weise ein. Zu Anfang des Krieges, am 22. Dezember 1914, erschien zum ersten Male eine Verordnung des Bundesrats, die bestimmte, daß alle Forderungen aus §§ 196 und 197 B.-G.-B., die nicht verjährt waren, nicht vor dem Schlusse des Jahres 1915 verjähren. In der Folgezeit wurden dann Bekanntmachungen erlassen, die diesen Termin weiter streckten. Die letzte Bekanntmachung setzte den Termin auf den Schlus des Jahres 1919 hinaus. Alle Forderungen des täglichen Lebens, wie sie einzeln in den §§ 196, 197 B.-G.-B. aufgeführt sind, die Ende 1914 noch nicht verjährt waren, verjähren nicht vor dem Schlusse des Jahres 1919, ohne daß der Gläubiger irgend etwas zur Unterbrechung der Verjährung zu tun braucht.

Alle an sich in zwei Jahren verjährenden, in §§ 196, 197 B.-G.-B. bezeichneten Forderungen, die 1912 oder später entstanden sind, und alle an sich in vier Jahren verjährenden, in §§ 196, 197 B.-G.-B. bezeichneten Forderungen, die 1910 oder später entstanden sind, verjähren also nicht vor dem Ende des Jahres 1919. Nehmen wir an, ich habe im Jahre 1912 ein Klavier gekauft, im Jahre 1913 meine Wohnung neu tapezieren lassen und mich im Jahre 1914 einer Operation unterzogen, habe alle Rechnungen hierfür unbezahlt gelassen, so kann ich mich, wenn ich z. B. im November 1919 wegen der drei Schuldbeträge verklagt werde, nicht auf Verjährung berufen. Denn alle diese Forderungen verjähren nicht vor dem Schlusse des Jahres 1919. Ebenso verhält es sich, wenn ich etwa seit 1910 keine Zinsen gezahlt habe und im Dezember 1919 wegen der Rückstände verklagt werde. Die Zinsen von 1910 waren Ende 1914 noch nicht verjährt und verjähren deshalb erst mit dem Schlusse des Jahres 1919.

Der Kaufmann, der Geschäftsmann, der Arzt braucht also jetzt am Ende des Jahres nicht in Besorgnis zu sein, daß die in §§ 196 und 197 B.-G.-B. aufgeführten Ansprüche

Ihm verjähren könnten. Soweit sie nicht bereits Ende 1914 verjährt waren, verjähren sie auch im Jahre 1918 nicht. Eine andere Frage aber ist es, ob es nicht in seinem Interesse liegt, sich einen einwandfreien Beleg dafür zu schaffen, daß die Forderungen bestehen. Bei den Forderungen des täglichen Lebens ist die kurze Verjährungsfrist deshalb vom Gesetze eingeführt, weil Rechtsicherheit entstehen und vermieden werden soll, daß über eine Forderung erst lange Jahre nach ihrem Entstehen prozessiert wird. Die Rücksichtnahme auf die wirtschaftlichen Kriegsverhältnisse hat nun aber die Rücksichtnahme auf die im Interesse der Rechtsicherheit liegenden kurzen Verjährungsfristen zurücktreten lassen und so kann es kommen, daß im Jahre 1919 ein Rechtsstreit über eine Kaufmannsforderung des Jahres 1912 geführt wird. Es ist klar, daß bei der Länge der dazwischen liegenden Zeit dem Kaufmann der Beweis für das Bestehen seiner Forderung wesentlich erschwert wird. Die Gläubiger werden daher gut daran tun, sich einen Beweis für das Bestehen ihrer Ansprüche zu sichern, sei es durch freiwillige Erklärungen des Schuldners (z. B. durch ein Anerkenntnis), sei es nötigenfalls durch gerichtliche Geltendmachung (z. B. durch einen Zahlungsbefehl). Anerkenntnis und Zahlungsbefehl sind dann nicht, wie in regelmäßigen Zeiten, Mittel zur Unterbrechung der Verjährung — denn die Verjährung droht ja nicht —, sondern Mittel zur Sicherung des Beweises.

Eingefandt.

Heranbildung des Beamten-Ersatzes.

Die Neuordnung der Lohnsätze für Arbeiter hat den Wegfall von Stellenzulagen zur Folge gehabt. Der Hilfsweichensteller, Hilfsbahnwärter, Hilfsrottenführer pp. erhält den Lohnsatz der Arbeiter ohne jede Sonderzulage. Wird dies nicht nachteilig einwirken auf die Heranbildung des erforderlichen Beamtenersatzes? Man denke sich in die Stellung eines Hilfsrottenführers, der 12, 16, unter Umständen noch mehr Arbeiter zu beaufsichtigen hat. Einmal ist der Hilfsrottenführer für die Sicherheit der Leute und des Betriebes verantwortlich, und so mancher hat die Bekanntschaft mit dem Staatsanwalt machen müssen, wenn bei Verletzung oder Tötung von Leuten in den Sicherheitsmaßnahmen irgend eine kleine Unterlassung nachgewiesen werden konnte, wenn wegen mangelhafter Gleislage ein Betriebsunfall entstand. Dann kommt all' das Drum und Dran an Verbindlichkeiten und Ärger mit den Leuten. Schon vor dem Kriege ein reichliches Maß, jetzt durch den Krieg und die Umgestaltung der politischen Verhältnisse ist es geradezu unerträglich geworden. Dabei soll eine vorchriftsmäßige und saubere Arbeit geliefert werden, für die der Hilfsrottenführer besonders noch einzustehen hat. Wo bleibt da der Reiz, Hilfsrottenführer zu spielen? Lebt der Mann nicht viel glücklicher, wenn er sein Tagewerk als gewöhnlicher Arbeiter leistet? Er ist ja viel freier als Arbeiter, wie als Hilfsbeamter. Den Arbeitern ist ja im Laufe der Zeit so oft durch Lohnaufbesserungen geholfen worden, daß sogar vielfach das Streben nach Erlangung einer Beamtenstellung geschwunden ist. Gehört ein Arbeiter der Abteilung B der Pensionskasse an, dann steht er bei Arbeitsunfähigkeit dem Beamten in der Pension doch ungefähr gleich, also wozu Beamter werden? Als Arbeiter gibt es auch öfter eine Lohnaufbesserung. Die Hilfsrottenführer sind hier besonders hervorzuheben, weil bei ihnen es doch kaum abgesehen werden kann, daß sie neben dem Arbeitslohn den Arbeitern gegenüber doch eine besondere Entschädigung verdienen. Will man die Stellenzulagen nicht, dann rechne man die Hilfsrottenführer zu den Handwerkern, denn in vielen Fällen sind es tatsächlich Handwerker, und bezahle sie dementsprechend.

Bedenklich von dem Gesichtspunkte aus, daß für die Zukunft ein leistungsfähiger Ersatz für Rottenführer herangezogen werden kann, sind die vorstehenden Ausführungen zu betrachten. Vielleicht lassen sich von anderer Seite bessere Vorschläge machen, die auch zu dem Ziele führen, einen brauchbaren und tüchtigen Ersatz für Rottenführer dauernd zu gewährleisten.

—R.—



Vereinsnachrichten.



Bez.-B. Berlin. Die Versammlung am 2. 1. 1919 wurde pünktlich um 8 Uhr abends vom 1. Vorsitzenden, Rolf. Ruch, eröffnet. Tagesordnung: 1. Vorlesen der Niederschrift der letzten Versammlung. 2. Aufnahme neuer Mitglieder und Zahlen der Beiträge. 3. Vereins- und Verbands-

angelegenheiten. 4. Besprechung und Leistung unseres Bundes. 5. Verschiedenes. Die Niederschrift wurde vorlesen. Aufgenommen und vom Vorsitzenden im Namen des Vereins begrüßt wurden 4 neue Mitglieder. Beiträge wurden gezahlt. Da die verfügbare Zeit sich als zu kurz erwies, um die ganze Tagesordnung erledigen zu können, wurde beschlossen, am 15. Januar d. J. nochmals eine Versammlung abzuhalten, und zwar schon um 7 Uhr. Ferner wurde beschlossen, daß bei den Vierteljahrsversammlungen immer zu viel auf der Tagesordnung steht, wieder allmonatlich eine Versammlung abzuhalten, und zwar an jedem Donnerstag nach dem Monatsersten, um 7 Uhr abends. Eine längere Debatte entstand bzgl. der Musik bei Beerdigungen, da jetzt Musiker schwer zu bekommen sind. Kollege Ziehe, der jetzt wieder hier ist, verpflichtet sich, die Musik zu besorgen, wenn 7 Mark für die Person bewilligt würden. Der Vorschlag wurde angenommen. Der Vereinsbeitrag soll ab 1. 4. 1919 mit Bundesbeitrag zusammen vierteljährlich 3 Mark betragen. Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen. Alle Mitglieder werden hierauf besonders aufmerksam gemacht. Dann sprach der Vorsitzende sein Bedauern aus über das Verhalten der abkommandierten Kollegen und forderte dieselben auf, ihre Rückstände zu bezahlen, damit endlich geordnete Zustände in den Kasienverhältnissen eintreten. Alle Kollegen, die mit abkommandiert gewesenen Kollegen zusammenkommen, werden gebeten, dieselben auf ihre Pflichten dem Verein gegenüber dringend aufmerksam zu machen. Zum Schluß erstattete Kollege Herrmann Bericht über den Verlauf der Vorstellung bei der Direktion. Kollege Herrmann konnte mitteilen, daß der Herr Präsident unsere Wünsche und Forderungen anerkannt und seinerseits versprochen habe, für schleunige und geeignete Abhilfe zu sorgen. Da die Vollzeitsunde eine Fortsetzung nicht mehr erlaubte, mußte die Versammlung geschlossen werden.

J. A.: Jul. Boberg, 1. Schriftführer.

Bez.-B. Berlin. Bekanntmachung. Laut Versammlungsbeschluss vom 2. Januar 1919 sollen jetzt monatliche Versammlungen abgehalten werden, und zwar jeden Donnerstag nach dem 1. eines jeden Monats. Die nächste Versammlung findet also am Donnerstag, den 6. Februar 1919, abends 7 Uhr in Berlin D., Andreasstr. 20 (Andreasstift) statt.

J. A.: Julius Boberg, 1. Schriftführer.

Bez.-B. Celle. Bekanntmachung. Am 26. Januar ds. Js., nachm. 2 Uhr, findet im Vereinslokal am Güterbahnhof eine Versammlung statt. Die Mitglieder werden ersucht, sämtlich zu erscheinen, da wichtige Sachen zur Besprechung vorliegen. Auch muß die Wahl des Schriftführers erfolgen.

E. Hendryszal, Kass.

Bez.-B. Frankfurt a. M. Bekanntmachung. In der Versammlung vom 5. 1. ds. Js. wurde beschlossen, daß jedes Mitglied einen Betrag von 5 Mk. für Wahlzwecke zu entrichten hat. Diejenigen Kollegen, welche am 5. 1. nicht in der Versammlung anwesend waren, bitte ich, den Wahlbeitrag nebst Quartalsbeitrag an Rottenführer Josef Henric, Frankfurt a. M.-West, Schloßstr. 35 einzulenden, da der 1. Schachmeister im besetzten Gebiet wohnt und dort die Postperre eingeführt ist.

Der Vorstand. J. A.: Schäfer, 2. Vors.

Bez.-B. Insterburg. Allen Kollegen zur Kenntnis, daß im 1. Quartal 1919 keine Versammlung anberaumt werden kann, da sämtliche auswärtigen Kollegen des schlechten Verkehrs wegen von uns abgeschnitten sind. Deshalb werden die Mitglieder gebeten, ihre Beiträge porto- und bestellgeldfrei, so daß also 2,60 Mark an die Kasse gelangen, an Kollegen August Naujols, Insterburg, Wäckerhaus Nr. 401, baldmöglichst einzulenden. Neu aufzunehmende Kollegen sind an meine Adresse: Rudolf Loos, Insterburg, Ludendorffstr. 15, zu verweisen. Alles andere in der nächsten Versammlung, welche rechtzeitig in der Zeitung bekanntgegeben werden wird. Mit besten Wünschen fürs neue Jahr und kollegialem Gruß

Rudolf Loos.

Bez.-B. Piffa. Bekanntmachung. Infolge der noch bestehenden Zugangsbeschränkungen haben wir von einer Vierteljahrsversammlung Januar-März abgesehen. Die nächste Versammlung findet am Sonntag, den 6. April 1919, im Vereinslokal (Gasthof zur Rosener Ruh), Kaiser-Wilhelmstr., nachmittags 1 Uhr statt. Alle dienstfreien Kollegen werden ersucht, vollständig zu erscheinen, da Vorstandswahl und Kasienprüfung vorzunehmen ist. Die Beiträge für das 1. Vierteljahr 1919 bitte ich an den Kassierer Richard Franzke in Leiperode einzulenden zu wollen. Diejenigen Kollegen, welche aus dem Felde entlassen sind, ersuche ich, sich mittels Postkarte zu melden, damit die Zeitung für sie wieder bestellt werden kann.

Die Kollegen, welche die Zeitung erhalten, werden ersucht, diese Bekanntmachung den zurückgekehrten Kollegen mitzuteilen.

J. A.: Hermann Jakob, 1. Schriftführer.

Bez.-B. Salzweil. Unserem Kollegen, dem Rottenführer Fr. Lammemann zu Salzweil, sind bei seiner Veretzung in den Ruhestand die Ehrenzeichen in Silber verliehen worden. Wir wünschen ihm noch ein recht langes Wohlergehen und gratulieren zu der Auszeichnung.

Die Mitglieder des Bez.-B. Salzweil.

Bez.-B. Paderborn. Die Versammlung am 1. Januar 1919 wurde vom 1. Vorsitzenden mit herzlichem Willkommen und Neujahrswunsch eröffnet. Ganz besonders begrüßte er die drei aus dem Felde zurückgekehrten Kollegen Rohe, Salmen und Pilsdier. Die Niederschrift wurde verlesen und angenommen und die Beitragszahlung erledigt. Aufgenommen wurden die Kollegen Rottenführer Heinrich Kolbe, Lauenförde, Bm. Karlshafen, Hlfr. Friedrich Kaiser, Herstelle, Bm. Karlshafen, Hilfsrottenführer Karl Dähl, Lauenförde, Bm. Karlshafen. Von mehreren Kollegen wurde angeregt, die Wanderversammlungen wieder einzuführen, da sonst immer dieselben Kollegen erscheinen. Es wurde beschlossen, diesen Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Generalversammlung zu setzen und darüber zu beschließen. Die nächste Generalversammlung soll wieder in Paderborn (Altdeutsche Bierstube) stattfinden, und zwar am 6. April, mittags 12 Uhr. In dieser Versammlung findet die Wahl des zweiten Vorsitzenden statt. Unter „Verschiedenes“ wurden noch allerhand Vereinsangelegenheiten besprochen, unter anderem: Winter- und Sommerkleidung, einschließlich Schuhwerk, sowie Zulagen, ganz besonders für Hilfsrottenführer. Unserm 1. Vorsitzenden wurde das vorhandene Material übergeben. Er versprach, seine ganze Kraft einzusetzen, daß diese Wünsche erfüllt würden. Am Schluß bedankte sich namens der im Felde gestandenen Kollegen Kollege Rohe für die vom Verein erhaltenen Liebesgaben. Schluß der Versammlung 2 Uhr. Mit kollegialischem Gruß

J. A.: Johann Halsband, 1. Schriftführer.

Bez.-B. Stendal. Die Versammlung am 1. Januar 1919 wurde vom 1. Vorsitzenden um 3 Uhr eröffnet. Die Tagesordnung umfaßte 6 Punkte. Punkt 1: Aufnahme neuer Mitglieder. Aufgenommen wurde Kollege Ringelopp, Stendal. Punkt 2: Verlesen der Niederschrift. Punkt 3: Zahlen der Beiträge. Punkt 4: Kassenbericht über das verflossene Jahr. Der Kassenbestand wurde vom 1. Schatzmeister bekanntgegeben. Die beiden Kassenrevisoren, die die Kasse geprüft und für richtig befunden, stellten den Antrag, dem 1. Schatzmeister Entlastung zu erteilen, welches geschah. Punkt 5: Anschluß an die Beamtenvereinigung in Stendal. Es wurde beschlossen, der Vereinigung beizutreten und vom 1. Dezember 1918 an monatlich 10 Pfg. pro Kopf mehr zu erheben, aber nur von den Kollegen, die zum Regierungsbezirk Magdeburg gehören. Die anderen Kollegen kommen dabei nicht in Frage. Der Betrag wird vierteljährlich gezahlt. Punkt 6: Verschiedenes. a) Der 1. Vorsitzende gab ein vom Verband zugelandtes Schreiben bekannt; b) die Hilfsrottenführer stellten den Antrag, der Verband möge dafür eintreten, daß die Hilfsrottenführer besser gestellt würden, wie die ihnen unterstellten Arbeiter, da der Hilfsrottenführer nach der neuen Lohnordnung nicht mehr bekommt wie der Arbeiter, obgleich er die Verantwortung trägt. Schluß der Versammlung 6 Uhr. Die nächste Versammlung findet am 18. April (Karfreitag), nachmittags 2½ Uhr bei Herrn Gastwirt Genst, Nikolaisstraße Nr. 21, statt. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

J. A.: Ulrich, Schriftführer.

Bez.-B. Stettin. Das Betriebsamt 2, Stettin, hat die Dienstverteilung für Rottenführer für die Zeit von 7 Uhr morgens bis 4½ Uhr nachmittags festgelegt. In dieser Arbeitszeit sind nun ½ Stunde Frühstückspause und 1 Stunde Mittagspause vorgesehen. Kollegen, wenn uns eine Dienstleistung zuteil werden soll, dann erlaube ich mir hier den Vorschlag zu machen, die Arbeitszeit für die Zeit von morgens 6 Uhr bis nachmittags 2 Uhr festzusetzen. Wenn diesem Vorschlag stattgegeben würde, dann wäre unser Dienst wirklich erleichtert. Es ist nicht unbedingt notwendig, daß eine Frühstückspause vorgesehen wird, nur, um den Dienst zu verlängern, sondern es kann ein jeder sein Brot während der Arbeitszeit verzehren, wie es von sämtlichen anderen Beamten gemacht wird. Deshalb brauchen auch wir Rottenführer keine Dienstverlängerung. Sollte nun eingewendet werden,

daß es auch vorkommen kann, daß eine Kolonne nicht allein die Arbeiten zu verrichten imstande ist, dann wäre noch der Vorschlag zu machen, die zweite Kolonne um 10 Uhr vormittags anzufangen und bis 6 Uhr arbeiten zu lassen. Ich bitte die Kollegen, sich zu meinen Vorschlägen zu äußern, damit rechtzeitig Schritte zur Verbesserung eingeleitet werden können. Die Adresse des Vorsitzenden, Kollegen Groth, ist: Stettin, Oberwid 18. Die säumigen Kollegen, welche noch mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, ersuche ich, dieselben sobald als möglich einzusenden, da der Kassierer andernfalls nicht imstande ist, seinen Verpflichtungen dem Verbands gegenüber nachzukommen. Der Beitrag beträgt einschließlich desjenigen für die Direktions-Vereinigung 2,65 Mk. Kollegen, die aus dem Felde zurückgekehrt sind, werden ersucht, sofort ihre Adresse einzusenden. Also, Kollegen, den Beitrag von 2,65 Mk. nicht vergessen, sonst muß der Kassierer die Kasse schließen. Frisch auf im neuen Jahr!

J. A.: Müller, 1. Schriftführer.

Bekanntmachung.

Nachstehenden Mitgliedern kann die Zeitung nicht zugestellt werden. Die Bezirksvereine werden gebeten, die genaue Adresse an den Verbandsvorsitzenden, Herrn Karl Schneider, Dahlhausen-Ruhr, einzusenden.

Witten, Friedr., Zernitz-Ölprignitz, Bez. Potsdam, Bahnhof.

Blumel, Franz, Nieder-Schreiberhau, Bez. Lgb., Bahnmeisterei Ober-Schreiberhau.

Bulle, Herm., Dahlebrück, Nr. 74.

Vogel, Emil, Mülhausen (Th.), Bez. Crft., Enge Gasse 82.

Durwien, Aug., Bilsdorf, Nr. Kössel, Bahnhof.

Ruschmiera, Joh., Jablonken, Nr. Ortelsburg.

Röntgen, Quettingen, Nr. Solingen.

Müller, Aug., Gelsenkirchen 1, Rolandstr. 52.

Schierodt, Herm., Berlin-Schöneberg 1, Königsweg 19.

Versammlungs-Kalender.

Es liegt im Interesse eines jeden Mitgliedes, die Versammlungen zu besuchen, die Beiträge pünktlich zu zahlen und neue Mitglieder einzuführen.

Berlin, 6. 2. 1919, abends 7 Uhr, Berlin, Andreasstr. 10.

Celle, 26. 1. 1919, 2 Uhr, Celle, Vereinslokal.

Lissa i. P., 6. 4. 1919, 1 Uhr, Lissa, Vereinslokal.

Paderborn, 6. 4. 1919, 12 Uhr, Paderborn, Altdeutsche Bierstube.

Stendal, 18. 4. 1919, 2½ Uhr, Stendal, Gasthof Genst.

Posen, 19. 1. 1919, 10 Uhr vorm., Posen, Vereinslokal.

„Im Dienst und Daheim“

Illustrierte Fach-, Bildungs- und Unterhaltungsschrift für die gesamte Frauenwelt der staatlichen Eisenbahnen und Postanstalten.

Jeder Leser, bzw. jede Leserin oder deren Gatte ist gegen tödlichen Unfall mit 100 Mark versichert. — Bezugspreis monatlich 30 Pfg. — Vertreter gegen gute Vergütung überall gesucht.

C. Hundt sel. Wwe., Hattingen-Ruhr.

Drucksachen

aller Art von den einfachsten
bis den feinsten Ausführungen
liefert schnell und billig die

Buch- und Kunstdruckerei

C. Hundt sel. Wwe., Hattingen.

Für die Red. verantwortl.: Verbandsvorl. Carl Schneider, Dahlhausen-Ruhr. — Für den Inseratenteil verantwortl.: C. Hundt sel. Wwe., Hattingen-Ruhr. — Druck: C. Hundt sel. Wwe., Hattingen-Ruhr.